Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/11218 (neu)

Beschlußempfehlung und Bericht

des Innenausschusses (4. Ausschuß)

a) zu dem Antrag der Abgeordneten Erika Steinbach, Dr. Klaus-Dieter Uelhoff, Dr. Rupert Scholz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Ina Albowitz, Uwe Lühr, Cornelia Schmalz-Jacobsen, Dr. Max Stadler, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der F.D.P.
– Drucksache 13/8625 –

Innerstaatliche Kulturpolitik

b) zu dem Antrag der Abgeordneten Thomas Krüger, Otto Schily, Edelgard Bulmahn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 13/9806 –

Kulturförderung des Bundes

c) zu dem Antrag der Abgeordneten Albert Schmidt (Hitzhofen), Dr. Antje Vollmer, Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 13/9796 –

Die Neuorientierung und Weiterentwicklung der Kulturpolitik des Bundes ist überfällig

A. Problem

Mit dem Antrag auf Drucksache 13/8625 unterstützen die Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. die Bundesregierung darin, kulturelle Einrichtungen, Vorhaben, Programme von Institutionen im hohen Maße zu fördern. Des weiteren berücksichtigt der Antrag die Kulturförderung in den neuen Bundesländern, das geschichtliche und kulturelle Erbe der Vertriebenen, die Rahmenbedingun-

gen für private Investitionen, das Ehrenamt, die Bund/Länder-Finanzierung im Kulturbereich, die Kulturförderung der Europäischen Union sowie die Rückführung ins Ausland verbrachter Kulturgüter.

Mit dem Antrag auf Drucksache 13/9806 erhebt die Fraktion der SPD Forderungen gegenüber der Bundesregierung zum Urheberrecht, Stiftungs- und Steuerrecht, der Künstlersozialversicherung, der Europäischen Kulturpolitik, zur deutschen Einheit, zur Hauptstadtkultur, zur Filmförderung, zur Pflege des kulturellen Erbes, zur Stiftung Preußischer Kulturbesitz und Stiftung Preußischer Schlösser und Gärten, Haus der Geschichte und Deutsches Historisches Museum, Kulturpolitik nach dem Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz, den Gedenkstätten sowie zur kulturellen Bildung Kinder und Jugendlicher.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert in ihrem Antrag auf Drucksache 13/9796 insgesamt eine Verbesserung und Neuorientierung der Bundeskulturförderung. Insbesondere fordert sie eine Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen für die Kunstförderung und die Situation der Künstlerinnen und Künstler, insbesondere durch steuerliche Erleichterungen, der Förderung bürgerschaftlich-ehrenamtlichen Engagements im Kulturbereich und vor allem einer Förderung des Stiftungswesens.

B. Lösung

Annahme des Antrages auf Drucksache 13/8625.

Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Annahme eines ggf. modifizierten Antrages auf Drucksache 13/8625 oder Einbringung eines interfraktionellen Antrages unter Berücksichtigung der Anträge auf Drucksache 13/8625, 13/9806 sowie 13/9796.

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag auf Drucksache 13/8625 anzunehmen,
2. die Anträge auf Drucksachen 13/9806 und 13/9796 abzulehnen.

Bonn, den 23. Juni 1998

Der Innenausschuß

Dr. Willfried Penner Vorsitzender	**Erika Steinbach** Berichterstatterin	**Thomas Krüger** Berichterstatter	**Rezzo Schlauch** Berichterstatter
	Ina Albowitz Berichterstatterin	**Ulla Jelpke** Berichterstatterin	

Bericht der Abgeordneten Erika Steinbach, Thomas Krüger, Rezzo Schlauch, Ina Albowitz und Ulla Jelpke

1. Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., Innerstaatliche Kulturpolitik auf Drucksache 13/8625, wurde in der 219. Sitzung des Deutschen Bundestages am 12. Februar 1998 dem Innenausschuß federführend sowie dem Haushaltsausschuß zur Mitberatung überwiesen. In der 227. Sitzung des Deutschen Bundestages am 2. April 1998 wurde dieser Antrag nachträglich auch dem Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung und in der 230. Sitzung am 23. April 1998 auch dem Ausschuß für die Angelegenheit der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

   a) Der Haushaltsausschuß hat den Antrag auf Drucksache 13/8625 in seiner Sitzung am 21. April 1998 beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS empfohlen, ihn anzunehmen.

   b) Der Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung hat in seiner Sitzung am 1. April 1998 den Antrag beraten und mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS empfohlen, den Antrag anzunehmen.

   c) Der Ausschuß für die Angelegenheit der Europäischen Union hat den Antrag in seiner 81. Sitzung am 6. Mai 1998 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme empfohlen.

   d) Der Innenausschuß hat in seiner Sitzung am 17. Juni 1998 den Antrag auf Drucksache 13/8625 ohne Aussprache zur Abstimmung gestellt und mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS sowie bei Enthaltung der Fraktion der SPD zur Annahme empfohlen.

2. Der Antrag der Fraktion der SPD, Kulturförderung des Bundes auf Drucksache 13/9806, wurde in der 219. Sitzung des Deutschen Bundestages am 12. Februar 1998 dem Innenausschuß federführend sowie dem Rechtsausschuß, Finanzausschuß, Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung, Haushaltsausschuß und in der 233. Sitzung am 30. April 1998 dem Ausschuß für die Angelegenheit der Europäischen Union nachträglich zur Mitberatung überwiesen.

   a) Der Rechtsausschuß hat keine mitberatende Stellungnahme abgegeben.

   b) Der Finanzausschuß hat in seiner 110. Sitzung am 17. Juni 1998 den Antrag auf Drucksache 13/9806 beraten und mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Gruppe der PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

   c) Der Haushaltsausschuß hat in seiner Sitzung am 21. April 1998 den Antrag beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

   d) Der Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung hat in seiner Sitzung am 1. April 1998 den Antrag beraten und mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und der Gruppe der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

   e) Der Ausschuß für die Angelegenheit der Europäischen Union hat in seiner 81. Sitzung am 6. Mai 1998 den Antrag auf Drucksache 13/9806 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Gruppe der PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

   f) Der Innenausschuß hat den Antrag auf Drucksache 13/9806 in seiner Sitzung am 17. Juni 1998 ohne Aussprache zur Abstimmung gestellt und mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen sowie der Gruppe der PDS gegen die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Ablehnung empfohlen.

3. Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Neuorientierung und Weiterentwicklung der Kulturpolitik des Bundes ist überfällig auf Drucksache 13/9796, wurde in der 296. Sitzung des Deutschen Bundestages am 12. Februar 1998 dem Innenausschuß federführend sowie dem Auswärtigen Ausschuß, Rechtsausschuß, Finanzausschuß, Ausschuß für die Angelegenheit der Europäischen Union, Haushaltsausschuß sowie nachträglich in der 227. Sitzung am 2. April 1998 dem Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen.

a) Der Auswärtige Ausschuß hat in seiner 86. Sitzung am 29. April 1998 den Antrag beraten und mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die antragstellende Fraktion und die Gruppe der PDS bei Enthaltung der Fraktion der SPD die Ablehnung empfohlen.

b) Der Rechtsausschuß hat keine mitberatende Stellungnahme abgegeben.

c) Der Finanzausschuß hat in seiner 110. Sitzung am 17. Juni 1998 den Antrag beraten und mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS die Ablehnung des Antrags empfohlen.

d) Der Haushaltsausschuß hat in seiner Sitzung am 21. April 1998 den Antrag beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Enthaltung der Fraktion der SPD und gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS die Ablehnung des Antrags empfohlen.

e) Der Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung hat in seiner Sitzung am 1. April 1998 den Antrag beraten und mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS sowie bei Enthaltung einiger Stimmen der Fraktion der SPD empfohlen, den Antrag abzulehnen.

f) Der Ausschuß für die Angelegenheit der Europäischen Union hat in seiner Sitzung am 6. Mai 1998 den Antrag auf Drucksache 13/9796 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion der SPD und bei Abwesenheit der Gruppe der PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

g) Der Innenausschuß hat den Antrag auf Drucksache 13/9796 in seiner Sitzung am 17. Juni 1998 ohne Aussprache zur Abstimmung gestellt und mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen sowie der Gruppe der PDS gegen die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der Abgeordnete Thomas Krüger hat sein Befremden darüber zum Ausdruck gebracht, daß der Innenausschuß die Anträge auf Drucksache 13/8625, 13/9806 und 13/9796 ohne Aussprache zur Abstimmung gestellt hat, obwohl er sich in vorausgegangenen Sitzungen für eine kulturpolitische Debatte im Innenausschuß ausgesprochen hatte und ein diesbezüglicher interfraktioneller Antrag zur Kulturpolitik in Vorbereitung sei.

Bonn, den 23. Juni 1998

Erika Steinbach	**Thomas Krüger**	**Rezzo Schlauch**	**Ina Albowitz**	**Ulla Jelpke**
Berichterstatterin	Berichterstatter	Berichterstatter	Berichterstatterin	Berichterstatterin

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333